

UN-BASIS-INFORMATIONEN 45

Vereinte Nationen und Umwelt

Klimawandel, Waldvernichtung, Belastung der Weltmeere, Trinkwasserkrise – die Liste ungelöster und wachsender globaler Umweltprobleme ist lang, die Rückschläge trotz mancher Erfolge sind erdrückend. Die großen Schäden und Krisen sind grenzüberschreitend, doch ihre Lösung auf internationaler Ebene kommt nur schleppend voran. Eine Vielzahl diverser UN-Organe befasst sich mit Einzelaspekten der Umweltpolitik, die wenigsten verfolgen echte Querschnittsaufgaben. Für die Vereinten Nationen insgesamt gehört aber der Umwelt- und Klimaschutz inzwischen zu den Hauptaufgaben. Er hat einen ähnlichen Rang erlangt wie die Sicherung des Weltfriedens oder der Schutz der Menschenrechte. Diese UN-Basis-Information gibt einen Überblick über die komplexe Umweltarchitektur der Vereinten Nationen. Das UN-Klimaengagement wird in einer weiteren Basis-Information vorgestellt.

Die Agenda globaler Umweltpolitik ist lang. Die meisten Umweltprobleme lassen sich in die folgenden Hauptgruppen unterteilen:

- Klimawandel
- Verlust der biologischen Vielfalt
- Waldzerstörung
- Bodenerosion und Wüstenbildung
- Belastung der Weltmeere
- Zunehmend knappe Trinkwasservorräte
- Steigender Verbrauch fossiler Ressourcen
- Müll- und Schadstoffbelastung

Die klimaschädlichen CO₂-Emissionen haben seit 1990 um fast die Hälfte zugenommen, die Übernutzung von Fischbeständen hat sich von 19 auf 33 Prozent erhöht, der jährliche Ressourcenverbrauch um mehr als 40 Prozent und die Waldbestände haben sich trotz aller Aufforstungsinitiativen um fünf Prozent vermindert (mehr als die Fläche Argentiniens). Tatsächlich sind die Waldverluste noch viel dramatischer, weil seit Anfang der 1990er Jahre riesige artenreiche Urwaldbestände zerstört wurden, während neu angepflanzte Waldflächen häufig aus Monokulturen schnell wachsender Bäume bestehen, deren ökologischer Wert minimal ist.

Ist all das ein Grund zur Resignation? Keinesfalls, sagen Mitglieder von Umweltinitiativen in aller Welt und auch jene Politikerinnen und Politiker, die es ernst meinen mit dem Umweltschutz und sich dafür national und im Rahmen der Vereinten Nationen engagieren. Sie können darauf verweisen, dass das Bewusstsein der Weltbevölkerung für Umweltprobleme stark gewachsen ist, dass viele Menschen konkrete Beiträge zum Umweltschutz leisten, dass in den letzten Jahrzehnten zahlreiche ökologisch wertvolle Gebiete unter Naturschutz gestellt worden sind (mehr als 1/10 der Landfläche der Erde) und dass viele nationale und internationale Initiativen zur Förderung einer nachhaltigen Energieerzeugung bedeutende Erfolge vorzuweisen haben.

Inhalt

Zersplitterte UN-Umweltstruktur	2
Erste Schritte des UN-Umweltengagements	2
Umweltgipfel in Rio 1992 – Ausgangspunkt für viele Initiativen	2
Entwicklungs- und Umweltziele für ein neues Jahrtausend	4
Johannesburg 2002: Gute Absichten, schwammige Ziele	4
Waldschutz wird zur internationalen Aufgabe	4
Rio+20: Eine große Konferenz mit begrenzten Ergebnissen	5
Auf dem Weg zu einer „grünen Wirtschaft“	6
Ziele einer nachhaltigen Entwicklung	6
Umweltschutz, Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit – drei unvereinbare Ziele?	7
UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen	8
Umweltengagement der Vereinten Nationen	9
Internationale Umweltabkommen	12





Eröffnungssitzung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen am 5. Juni 1972 in Stockholm. Foto: UN Photo/Yutaka Nagata

Zersplitterte UN-Umweltstruktur

Im Verlauf von fast 40 Jahren internationaler Umweltzusammenarbeit ist ein komplexes und stark fragmentiertes Politikfeld entstanden. Eine Vielzahl von Institutionen sind für Umweltfragen auf internationaler Ebene ganz oder teilweise zuständig: das von der Generalversammlung eingesetzte Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Abteilung DESA (Department of Economic and Social Affairs) des UN-Sekretariats, künftig ein Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung, das die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ablösen soll, sowie mehrere zwischenstaatliche Ausschüsse und Arbeitsgruppen zu bestimmten Umweltthemen, der Wirtschafts- und Sozialrat (ECO-SOC), Fonds und Programme wie UNDP und IFAD, UN-Sonderorganisationen wie FAO, die Weltbankgruppe sowie die autonomen Sekretariate der internationalen Umweltabkommen. Darüber hinaus sind seit den 1970er Jahren über 1000 multilaterale Umweltabkommen ausgehandelt worden, darunter so bedeutende wie das Rio-Übereinkommen oder das Protokoll zum Schutz der Ozonschicht.

Diese Übersicht macht deutlich: Die UN-Umweltstrukturen sind stark zersplittert – ein gravierender Nachteil, der die Leistungsfähigkeit des Systems stark vermindert und als Hauptkritikpunkt an den UN-Umwelteinrichtungen gilt. Die Übersicht über die einschlägigen UN-Organisationen und -Programme, die wir hier zusammengestellt haben, ist nicht einmal vollständig, und lässt doch schon ahnen, wie viele UN-Akteure es auf diesem Gebiet gibt und wie groß der Koordinierungsbedarf ist. Es hat der Arbeit der Vereinten Nationen nicht gut getan, dass bei zahlreichen UN-Konferenzen zu generellen oder speziellen Umweltthemen das sichtbarste Ergebnis die Schaffung eines

neuen Fonds, eines neuen Sekretariats oder eines neuen Programms war. In günstigen Fällen wurden diese neuen Initiativen bei einer bestehenden UN-Einrichtung angesiedelt, aber oft entstanden auch neue Einrichtungen. Das Anliegen, einem Umwelthanlie-

gen durch eine eigene ständige internationale Einrichtung mehr Gewicht zu verleihen, ist für sich genommen verständlich, aber in der Summe haben diese Initiativen einen Struktur-„Dickicht“ geschaffen, dessen Koordination viel Energie und Finanzen absorbiert. In dieser Situation hilft eine intensivere Zusammenarbeit der diversen UN-Akteure nicht weiter, die Stärkung des UN-Umweltprogramms UNEP wird zu einer unverzichtbaren Aufgabe. Es muss darum gehen, hier viele der Initiativen der letzten Jahre institutionell zu integrieren und damit ein sehr viel wirksameres Umweltengagement der Vereinten Nationen zu ermöglichen. Die „Rio+20“-Konferenz war auf diesem Weg allenfalls ein kleiner Schritt, wo mutige Entscheidungen gefordert gewesen wären.

Erste Schritte des UN-Umweltengagements

Am Anfang eines planmäßigen UN-Umweltengagements stand 1972 die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm. Dort

wurden die Grundlagen für eine globale Umweltpolitik gelegt und die Gründung des UN-Umweltprogramms UNEP beschlossen. Wegweisend war die Konferenz auch deshalb, weil sie den Zusammenhang von Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit herausarbeitete. In den Industrieländern sollte vor allem die Umweltverschmutzung durch die Industrie eingeschränkt werden, während in Entwicklungsländern der Schwerpunkt auf der Armutsbekämpfung liegen sollte. Die Weltgemeinschaft wurde aufgefordert, über politische Grenzen hinweg beim Umweltschutz zusammenzuarbeiten, und die einzelnen Länder wurden dazu angehalten, keine Umweltschäden zu verursachen, die Nachbarländern Schaden zufügen könnten.

Im Jahr 1983 beschloss die UN-Generalversammlung die Einrichtung einer **Kommission für Umwelt und Entwicklung**, an deren Spitze die frühere norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland berufen wurde. Die Kommission legte mit ihrem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ wichtige Grundlagen für eine „nachhaltige Entwicklung“ – dieses Konzept bestimmt seither weitgehend die internationale Umwelt- und Entwicklungsdebatte. Der 1987 erschene „Brundtland-Bericht“ konnte überzeugend nachweisen, wie die Armut im Süden der Welt und die Ressourcenverschwendung in den reichen Ländern die globalen Umweltprobleme verschärfen und deshalb eine umweltschonende Entwicklung in allen Teilen der Welt unverzichtbar ist. Ökologische und ökonomische Konzepte, so der „Brundtland-Bericht“, müssten miteinander in Einklang gebracht werden.

Umweltgipfel in Rio 1992 – Ausgangspunkt für viele Initiativen

Fast ein Jahrzehnt später, im Jahr 1992, wurden viele Anstöße des „Brundtland-Berichts“ von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro/Brasilien aufgegriffen. Noch stärker als 1972 bei der Konferenz in Stockholm stand der Zusammenhang von Umwelt- und Entwicklungsthemen im Mittelpunkt der Konferenzberatungen und -beschlüsse. Die „Erklärung über Umwelt und Entwicklung“ enthielt 27 Grundsätze für Politik, Wirtschaft, Gesetzgebung und Wissenschaft für den Schutz der Umwelt und eine Entwicklung, die Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Entwicklung miteinander verbind-



Am 19. Oktober 1987 präsentierte Gro Harlem Brundtland bei einer Pressekonferenz den Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“. Foto: UN Photo/Milton Grant

det. Das Aktionsprogramm „Agenda 21“ benannte zahlreiche konkrete Handlungsaufträge für eine Umsetzung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung. Wegweisend wurde das in Rio formulierte Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ der Länder. Dieses Prinzip trägt der Tatsache Rechnung, dass die Industrieländer ein größere Verantwortung für die globale Umweltzerstörung und den Raubbau an der Natur tragen und daher mehr zur Lösung der Umweltprobleme beitragen müssen als die Entwicklungsländer. Zur Überprüfung der Umsetzung der „Agenda 21“ wurde die



Die Erde bewahren: UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali und Edwina Sandys präsentieren die Skulptur „Paradies zurückgewonnen“ der britischen Künstlerin vor dem „Rio Centro“, dem Tagungsort der „UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung“, 1992 in Rio de Janeiro. Die Skulptur brachte die Hoffnung der Konferenzteilnehmer zum Ausdruck, die Erde zu bewahren, Umweltschädigungen rückgängig zu machen und das menschliche Wohlergehen zu fördern. Foto: UN Photo/Joe B Sills III

Kommission für Nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen, die 1993 ihre Arbeit aufnahm.

Die Rio-Konferenz gab den Anstoß für eine ganze Reihe von Initiativen und Programmen der Vereinten Nationen. Hervorzuheben ist die UN-Klimarahmenkonvention „United Nations Framework Convention on Climate Change“ (UNFCCC) und das der Konvention angegliederte Kyoto-Protokoll. Damit wurde ein Instrument geschaffen, um verbindliche internationale Vereinbarungen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen und zur Unterstützung armer Länder bei der Verwirklichung von Anpassungsmaßnahmen an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel zu treffen. (Siehe UN-Basis-Information Klimaarchitektur)

Die Konferenz in Rio gab auch den Anstoß für das „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung“ (United Nations Convention

to Combat Desertification – UNCCD). Die Konvention wurde 1994 verabschiedet und von mittlerweile 194 Staaten ratifiziert. Ziel der Konvention ist die Erhaltung und Wiederherstellung von Trockengebieten, um die Ausbreitung der Wüsten zu stoppen. Dieses Engagement hat allerdings nicht verhindern können, dass weltweit der Anteil der ausgelaugten Böden von 19 Prozent im Jahr 1991 auf 24 Prozent im Jahr 2008 anstieg.

Die **Konvention über die Biologische Vielfalt** (Convention on Biological Diversity – CBD) hat die Erhaltung der biologischen Vielfalt zum Ziel, ebenso die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben. Die CBD ist das maßgebliche multilaterale Umweltschutzabkommen für Wald-, Gebirgs-, Küsten- und Meeresökosysteme, dem inzwischen 193 Staaten beigetreten sind.

Wie viel noch getan werden muss, um die biologische Vielfalt zu schützen, wurde 2010 schlaglichtartig deutlich, als Ahmed Djoghla bei einer CBD-Versammlung erklärte: „Lassen Sie uns den Mut haben, in die Augen unserer Kinder zu schauen und zu sagen: Wir haben versagt.“ Dieses Statement kam nicht von einem radikalen Vertreter einer Naturschutzorganisation, sondern vom CBD-Exekutivsekretär. Etwa 30 Prozent aller Amphibien und über 20 Prozent aller Vögel sind vom Aussterben bedroht.

Ein wichtiger Bereich für den Schutz biologischer Vielfalt sind die **Meere und Ozeane**, denn mehr als zwei Drittel der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt. In der „Konvention über die Biologische Vielfalt“ wurde vereinbart, dass bis 2020 ein Netzwerk von Meeresschutzgebieten eingerichtet werden soll, die weltweit ein Zehntel der Meeresflächen umfassen. Die Verhandlungen sind allerdings ins Stocken geraten, nicht zuletzt deshalb, weil einige Staaten wie die USA sich eine möglichst uneingeschränkte Nutzung der Öl- und anderen Rohstoffvorkommen am und unter dem Meeresboden sichern wollen. Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Meere war das 1992 geschlossene „Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen“, in dem die Ozeane und Meere als gemeinsames Erbe der Menschheit anerkannt und gemeinsame Bemühungen um die Erhaltung der Meeresumwelt vereinbart wurden. Verstöße können vor dem Internationalen Seegerichtshof in Hamburg gebracht werden.



Die Zunahme des PKW-, LKW- und Flugverkehrs in fast allen Ländern der Welt ist eine der wichtigsten Ursachen für den globalen Klimawandel. Daher geht es im Rahmen nachhaltiger Verkehrskonzepte darum, den öffentlichen Nahverkehr und zum Beispiel auch das Radfahren zu fördern. Die Veränderung des Mobilitätsverhaltens beinhaltet nicht nur technische Lösungen, sondern erfordert auch ein Umdenken jedes Einzelnen.



Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Allein im Großraum Rio de Janeiro wohnen 12 Millionen Menschen. Bei den Konzepten für eine nachhaltige Umgestaltung der Welt wird es darauf ankommen, lebenswerte und zugleich umwelt- und klimafreundliche Städte zu schaffen. In den Städten ballen sich die globalen Umweltprobleme, und Städte in aller Welt können voneinander lernen, wie man Umweltschutz und eine Verbesserung der Lebensqualität miteinander verbindet.



Bei den Debatten über Konzepte der Nachhaltigkeit wird häufig zu wenig berücksichtigt, dass die Natur nicht nur unter Nützlichkeitsgesichtspunkten für die Menschen betrachtet und bewertet werden darf. Naturschutzorganisationen und UN-Umweltprogramm UNEP setzen sich dafür ein, die Vielfalt des Tier- und Pflanzenlebens als großen Reichtum zu schätzen und zu erhalten. Es geht ihnen nicht nur um „Nutztiere“ und „Nutzpflanzen“, sondern um die Bewahrung der vielfältigen Natur. Ein Beispiel für diesen Reichtum sind die Totenkopffaffen in Brasilien, die allerdings durch die Abholzung der Amazonas-Urwälder ihren Lebensraum verlieren.

Fotos aus einer Sammlung von Fotomotiven aus aller Welt, Website der Konferenz „Rio+20“ (www.uncsd2012.org)



Ohne Wasser gibt es auf unserem Globus kein Leben. Diese Einsicht ist alt, aber erst allmählich werden sich die Menschen bewusst, wie knapp sauberes Wasser ist und wie stark die Wasserressourcen der Welt durch Übernutzung und Schadstoffeinträge gefährdet sind. Beim „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ in Johannesburg 2002 wurde großes Gewicht auf Wasserthemen und besonders die bis dahin vernachlässigte sanitäre Versorgung gelegt.

Foto aus einer Sammlung von Fotomotiven aus aller Welt, Website der Konferenz „Rio+20“ (www.uncsd2012.org)

Alle zwei Sekunden wird auf der Welt eine Waldfläche von der Größe eines Fußballfelds zerstört. In den rechtlich nicht verbindlichen **Waldprinzipien** der Rio-Konferenz wurden Grundsätze für Waldhaltung und -bewirtschaftung formuliert. Nach der Konferenz entstanden internationale Gremien zur Koordinierung des Waldschutzes. Seit dem Jahr 2000 wird diese Aufgabe vom **UN-Waldforum** des Wirtschafts- und Sozialrats wahrgenommen, das eine ganze Reihe von Berichten zum Zustand der Wälder verfasst hat. Absprachen des Forums sind nicht rechtsverbindlich.

Entwicklungs- und Umweltziele für ein neues Jahrtausend

Im Jahr 2000 trafen sich auf Einladung des UN-Generalsekretärs die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, um zu Beginn des neuen Jahrtausends eine gemeinsame Erklärung für eine umfassende Entwicklung und konkrete **Millenniums-Entwicklungsziele** zu verabschieden. In mehreren der acht Ziele und in zahlreichen Unterzielen werden Umweltzielsetzungen angesprochen. Dies gilt besonders für das Ziel 7 der „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“. Als Zielvorstellung wurde dort formuliert: „Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatlichen Politiken und Programmen ein(zu)bauen und den Verlust der Umweltressourcen um(zu)kehren.“

In den Unterzielen geht es u.a. um die Reduzierung des Verlusts an biologischer Vielfalt und die Halbierung des An-

teils der Menschen ohne eine nachhaltige Trinkwasserversorgung bis 2015 im Vergleich zu 1990. Außerdem wurde vereinbart, dass die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern bis 2020 erheblich verbessert werden sollen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass dieses Ziel nicht ambitioniert genug war. Zwar ist das Ziel längst erreicht, aber gleichzeitig hat sich die Zahl der Slumbewohner von 657 Millionen im Jahr 1990 auf 828 Millionen im Jahr 2010 erhöht. Zu den gravierendsten Umweltproblemen in den Slums gehören eine unzureichende Wasser- und vor allem Abwasserversorgung und eine fehlende geordnete Müllentsorgung.

Johannesburg 2002: Gute Absichten, schwammige Ziele

Im Jahr 2002 fand in Johannesburg der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ statt, der einberufen wurde, um die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels in Rio ein Jahrzehnt zuvor zu überprüfen und neue Anstöße für die Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung zu geben. In einer „Politischen Erklärung“

stoppen und die negativen Auswirkungen der Produktion und des Gebrauchs von Chemikalien bis 2020 zu minimieren. In vielen Einzelpunkten konnte man sich in Johannesburg nicht auf verbindliche Verpflichtungen verständigen, sodass es bei allgemein gehaltenen Appellen blieb.

Waldschutz wird zur internationalen Aufgabe

Bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2010 in Cancún/Mexiko einigten sich Delegationen aus über 190 Ländern auf die Unterstützung eines Programms zum Wald- und damit auch zum Klimaschutz. Der Name des Programms, REDD, steht für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ („Verminderung von Emissionen durch Abholzung und Waldschädigung“). Es wird angestrebt, die Treibhausgasemissionen durch die Zerstörung der Wälder in Entwicklungsländern zu vermindern und für den Verzicht auf eine Abholzung Ausgleichszahlungen bereitzustellen. Großes Gewicht wird auf ein nachhaltiges Wald-Management gelegt. Die internationale Gemeinschaft soll Entwicklungsländer finanziell und durch die Bereitstellung von Wissen und Technologie



wurden von den angereichten Staats- und Regierungschefs Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung formuliert. Im „Aktionsplan“ legten die Politiker erstmals auch quantitative Ziele fest. So wurde zum Beispiel die bei der Formulierung der Millenniums-Entwicklungsziele unberücksichtigt gebliebene Thematik der sanitären Versorgung aufgegriffen. In Johannesburg wurde als Ziel festgelegt, den Anteil der Menschen ohne eine grundlegende sanitäre Versorgung bis 2015 im Vergleich zu 1990 zu halbieren.

Im „Aktionsplan“ wurde außerdem u.a. vereinbart, den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch zu erhöhen, umweltschädliche Subventionen abzubauen, das Artensterben der Tier- und Pflanzenwelt bis 2010 zu verlangsamen, den Verlust natürlicher Ressourcen zu

dabei unterstützen, Waldgebiete zu schützen und systematisch Wiederaufforstungsprogramme voranzubringen. Die Umsetzung des REDD-Programms wird dadurch erschwert, dass die Waldzerstörung komplexe Ursachen hat und dass zum Teil sehr kapitalkräftige Interessengruppen dem Waldschutz entgegenwirken. Wälder in tropischen Ländern werden u.a. für die Ausweitung der Exportlandwirtschaft, für die Neuansiedlung von Bauernfamilien, für die Biospritproduktion und für die legale und illegale Holzgewinnung zerstört. Indigene Bevölkerungsgruppen fürchten, dass sie durch den erweiterten Schutz von Waldgebieten ihre Lebensräume und Möglichkeiten zur Nutzung der Ressourcen der Wälder verlieren.

* Zum Themenbereich UN und Klimaschutz: Siehe UN-Basis-Informationen 47 (2013)

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es viele erfolgreiche Waldschutzprogramme. Bei Regierungen wächst die Einsicht, dass ein wirksamer Klima- und Umweltschutz nicht ohne entschiedene Maßnahmen zum Stopp der Waldzerstörung und für eine nachhaltige Nutzung der Wälder möglich ist.

Rio+20: Eine große Konferenz mit begrenzten Ergebnissen

Mehr als 40.000 Regierungsvertreter, Aktivisten, Unternehmensrepräsentanten und Journalisten versammelten sich vom 20.–22. Juni 2012 in der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro, um am „UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung“ und den zahlreichen Veranstaltungen am Rande dieses Regierungstreffens teilzunehmen. Die Kurzbezeichnung des Gipfels als „Rio+20“ sollte daran erinnern, dass bereits 20 Jahre zuvor auf einer UN-Konferenz in Rio de Janeiro über Fragen von Umwelt und Entwicklung diskutiert und entschieden worden war.

Über die Inhalte der Erklärung des Gipfels „Rio+20“ wurde vorab monatelang von Regierungsvertretern beraten, denn an den

wir wollen“ der Ausdruck eines Minimalkompromisses.

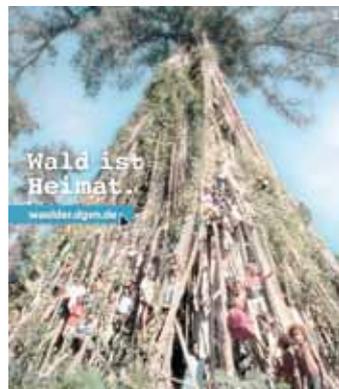
Das Abschlussdokument hat viele enttäuscht, enthält aber einige wichtige Vereinbarungen, die in den kommenden Jahren beachtliche Wirkung haben können, wenn sie tatsächlich umgesetzt werden. So wurde vereinbart, dass das UN-Umweltprogramm gestärkt werden soll (S. 8).

Die von vielen internationalen Umweltfachleuten und -organisationen, einigen Ländern und auch von einer von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon vor „Rio+20“ eingesetzte Expertengruppe erhoffte Einrichtung eines „Rates für nachhaltige Entwicklung“ wurde in Rio nicht beschlossen. Es soll als Kompromiss ein „Hochrangiges politisches Forum“ entstehen, das die bisher wenig wirksam arbeitende „Kommission für Nachhaltige Entwicklung“ ersetzen wird.

Die Erklärung des Rio+20-Gipfels bezeichnet ökologisches Wirtschaften als „ein wichtiges Werkzeug, um nachhaltiges Wachstum zu erzielen“. Das Konzept der „grünen Wirtschaft“ (Green Economy) wurde einvernehmlich in die Abschluss-

Die UN-Mitglieder erkennen in der Erklärung an, wie wichtig die Bewahrung und die nachhaltige Nutzung der Meere auch außerhalb ihrer jeweiligen Hoheitsgewässer sind. Konkrete und verbindliche Maßnahmen wie die Ausweisung von Schutzgebieten wurden aber nicht beschlossen. Die Erklärung von Rio enthält außerdem ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Ein Energiemix soll den Zugang aller Menschen zu einer sicheren Energieversorgung gewährleisten. Wie ein solcher Energiemix aussehen kann, blieb offen.

Der Generalsekretär von „Rio+20“, Sha Zukang, war in der Schlussitzung des Gipfeltreffens sichtlich bemüht, gemeinsame Überzeugungen herauszustellen: „Nachhaltige Entwicklung ist die einzige Option der Menschheit für den Planeten, den wir miteinander teilen, und für unsere gemeinsame Zukunft.“ Vor dem Verhandlungsgebäude riefen Aktivistinnen und Aktivisten hingegen: „Rio ist tot!“ Der UN-Generalsekretär hob das Positive an den Ergebnissen des Gipfels hervor: „Rio+20 hat grundlegende Prinzipien bekräftigt – unverzichtbare Verpflichtungen erneuert – und neue Richtungen vorgegeben.“ Er fügte hinzu:



Posterserie der DGVM zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 (www.waelder.dgvm.de).

nur drei Tagen des Gipfeltreffens hätte kein Text ausgehandelt werden können. In dem langen Vorbereitungsprozess des Textes bestand vor allem bei den brasilianischen Gastgebern die Tendenz, eher Forderungen aus dem Text herauszunehmen oder ihnen jede Verbindlichkeit zu rauben, als ein Scheitern des Treffens zu riskieren. So war zum Beispiel die von vielen Stimmen erhobene Forderung nach dem Ende der Subventionen für fossile Brennstoffe im letzten Entwurf des Abschlusstextes nicht mehr zu finden. Dass im Abschlusstext 59 Mal das englische Wort „reaffirm“ auftaucht, lässt erkennen, dass an vielen Stellen lediglich frühere Beschlüsse internationaler Konferenzen „bekräftigt“ wurden. Insgesamt ist die Abschlusserklärung „Die Zukunft, die

erklärung aufgenommen, um Ökologie, Armutsbekämpfung und Wachstum miteinander zu verbinden. Allerdings fehlen sowohl ein verbindlicher Fahrplan für den Übergang zu einer „grünen Wirtschaft“ als auch Berichtspflichten der UN-Mitglieder. Es soll den einzelnen Staaten freistehen, „einen geeigneten Ansatz“ für die Umsetzung des Konzepts zu finden. In Fortführung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sollen in den nächsten Jahren gemeinsame Nachhaltigkeitsziele erarbeitet werden. Angestrebt wird, eine überschaubare Zahl einfacher, leicht zu kommunizierender Ziele zu formulieren, die Vorgaben enthalten für ein nachhaltiges Wachstum in den einzelnen UN-Mitgliedsländern.

„Von den Regierungen bis zu den größten Unternehmen der Welt, von philanthropischen Organisationen bis zu freiwillig arbeitenden Jugendlichen sind alle Teil einer wachsenden globalen Bewegung für Veränderungen.“

Auf dem Weg zu einer „grünen Wirtschaft“

International setzt sich die Einsicht durch, dass das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes nicht ausreicht, um die globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen. Deshalb setzen sich die Vereinten Nationen, viele Regierungen und zahlreiche Unternehmen für den Übergang zu einer „grünen Wirt-



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zog am Ende von „Rio+20“ eine positive Bilanz des Gipfeltreffens. Foto: UN Photo/Mark Garten

schaft“ ein. Das UNEP hat seit 2008 eine führende Rolle bei der Weiterentwicklung und Umsetzung dieses Konzepts. Mehr Wohlstand soll verbunden werden mit der Schonung natürlicher Ressourcen und mit sozialer Gerechtigkeit.

In vielen Ländern werden inzwischen Erfahrungen gesammelt, wie die Umstellung auf eine „grüne Wirtschaft“ konkret gestaltet werden kann. Bei der Präsentation einer UNEP-Studie zu dieser Thematik im November 2011 betonte Ban Ki-moon: „Mit einer klugen Politik können Regierungen ihre Wirtschaft wachsen lassen, angemessene Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Fortschritt auf eine Weise beschleunigen, die den ökologischen Fußabdruck der Menschheit in einem Rahmen hält, den der Planet verkraften kann.“ Entgegen mancher Befürchtungen kommt das UN-Umweltprogramm in seiner Studie zum Ergebnis, dass die Volkswirtschaften durch eine Umstellung auf eine „grüne Wirtschaft“ mindestens so stark wachsen werden wie bei einer Fortführung der bisherigen Wirtschaftsweise. Es können aber die Risiken vermieden werden, die bei einem „weiter so“ durch dramatisch zunehmende Umweltschäden und einen beschleunigten Klimawandel entstehen. Investitionen in Höhe von zwei Prozent des globalen Bruttosozialprodukts reichen aus, um die bisherige umweltschädliche Wirtschaft in eine „grüne Wirtschaft“ umzuwandeln.

Einen deutlichen Schwerpunkt im Konzept der „grünen Wirtschaft“ bildet der Energiesektor. Hier ist die Notwendigkeit besonders deutlich, einen besseren Zugang für die Armen mit Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz zu verbinden. Weit mehr als eine Milliarde Menschen haben bisher keinen Zugang zu Elektrizität. In ländlichen Gebieten in Afrika südlich der Sahara verfügt höchstens jede zwanzigste Familie über Strom. Die Beseitigung dieser Benachteiligung soll einhergehen mit der sehr viel stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen. In vielen Ländern wird inzwischen – oft mit Beratung von UN-Organisatio-

nisationen und -Programmen – in erneuerbare Energievorhaben investiert. Allein im Jahr 2010 sind diese Investitionen weltweit um 32 Prozent gewachsen. Besonders hoch ist der Zuwachs in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien. Aber auch in afrikanischen Ländern nehmen diese Investitionen zu.

Kritik am Konzept der „grünen Wirtschaft“ kommt vor allem von Nichtregierungsorganisationen, die sich für weltweite soziale Gerechtigkeit und für den Umweltschutz engagieren. Eine Kritik lautet, dass bisherige Wachstumsvorstellungen nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Dabei sei der Ressourcenverbrauch in vielen Ländern der Welt schon heute weit höher, als dies unser Planet verkraften kann. Vor allem in reichen Ländern sind die „Grenzen des Wachstums“ längst überschritten, während es in wirtschaftlich armen Ländern darauf ankommen wird, die materielle Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern und dabei die Natur und das Klima möglichst wenig zu schädigen. Trotz der Kritik am Konzept der „grünen Wirtschaft“ kann es zu einer Grundlage für eine Umgestaltung der globalen Wirtschaftsbeziehungen, des Umgangs mit der Natur und der Neuausrichtung sozialer Beziehungen werden. Beim Übergang zu einer „grünen Wirtschaft“ lassen sich, so die Erfahrungen von UNEP, zahllose bereits bestehende und neue Initiativen einbeziehen, die Nachhaltigkeit zum Ziel haben.

Ziele einer nachhaltigen Entwicklung

Ein wichtiges Ergebnis des Gipfels „Rio+20“ war die grundsätzliche Verständigung auf die Festlegung von Zielen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“ – SDGs). Stärker als die im Jahr 2000 vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele sollen diese Ziele wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimensionen berücksichtigen. In der Abschlusserklärung von Rio sind noch keine konkreten Ziele für nachhaltige Entwicklung enthalten. Diese Ziele sollen von der UN-Generalversammlung verabschiedet werden und von 2015 an der Maßstab für nachhaltige Entwicklung sein.

Die Idee der SDGs wird gegenwärtig stark von europäischen Ländern und von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und -gruppen unterstützt, während bei manchen Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern die Sorge besteht,



Das UN-Umweltprogramm (UNEP), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und viele andere Organisationen setzen sich für eine „grüne Wirtschaft“ ein und verweisen darauf, dass durch solche Umgestaltungsprozesse viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein Beispiel sind Solar-Warmwasseraufbereitungsanlagen, die besonders im Süden der Welt immer beliebter

dass das Ziel der Armutsbekämpfung, das die Millenniums-Entwicklungsziele geprägt hat, zu wenig berücksichtigt wird. Diese Regierungen verhinderten eine starke Unterstützung für eine baldige Einführung von SDGs in der Abschlusserklärung von „Rio+20“. Anfang August 2012 hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eine 25-köpfige Expertengruppe einberufen, die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung erarbeiten soll. Dem Gremium gehört auch der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler an.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, die Entwicklungs- und Schwellenländer in die Formulierung von Zielen einzubeziehen, die nicht als Entwicklungsbremse in den bisher nicht industrialisierten Ländern verstanden werden dürfen. Je weitgehender es gelingt, die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 tatsächlich zu verwirklichen, desto größer sind die Aussichten, aufbauend auf diesen Erfolgen einvernehmlich neue Ziele zu formulieren.

Einen Hintergrund für die Debatte über nachhaltige Ziele bildet die Initiative des kleinen Himalaya-Staates Bhutan und sozialer Bewegungen in verschiedenen Teilen der Welt, Wohlstand nicht wie bisher am Bruttosozialprodukt zu messen, sondern an einem „Bruttosozialglück“ („Gross National Happiness“). Eine weltweite Umsetzung dieses Konzepts hätte positive Auswirkungen auf die Umwelt, weil staatliches und privates Handeln nicht mehr einseitig auf eine Produktionsausweitung gerichtet wären, die in der Regel mit Umweltbelastungen verbunden ist. Stattdessen wird gefragt, was dem Wohlergehen und Glück der Menschen dient. Zu diesem Konzept gehört ein umsichtiger Umgang mit der Umwelt, weil ein Leben in Einklang mit der



werden. Es wird allerdings darauf ankommen, so fordert zum Beispiel die ILO, Arbeitsplätze in der grünen Wirtschaft sozial zu gestalten und die Beschäftigten angemessen zu bezahlen. Foto: Foto einer Sammlung von Fotomotiven aus aller Welt, Website der Konferenz „Rio+20“ (www.uncsd2012.org)

Natur eine wesentliche Dimension eines glücklichen Lebens ist.

Dieses Konzept findet international zunehmend Beachtung und Unterstützung. So lud UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Anfang April 2012 mehr als 500 hohe Vertreter von Regierungen, Religionen, der Zivilgesellschaft sowie Wissenschaftler nach New York ein, um über Maßstäbe für Wohlergehen und Glück zu beraten. Bereits im Jahr 2011 hatte die UN-Generalversammlung in einer Resolution festgestellt, dass der Maßstab des Bruttosozialprodukts „nicht auf angemessene Weise das Glück und Wohlergehen der Bevölkerung eines Landes zum Ausdruck bringt“.

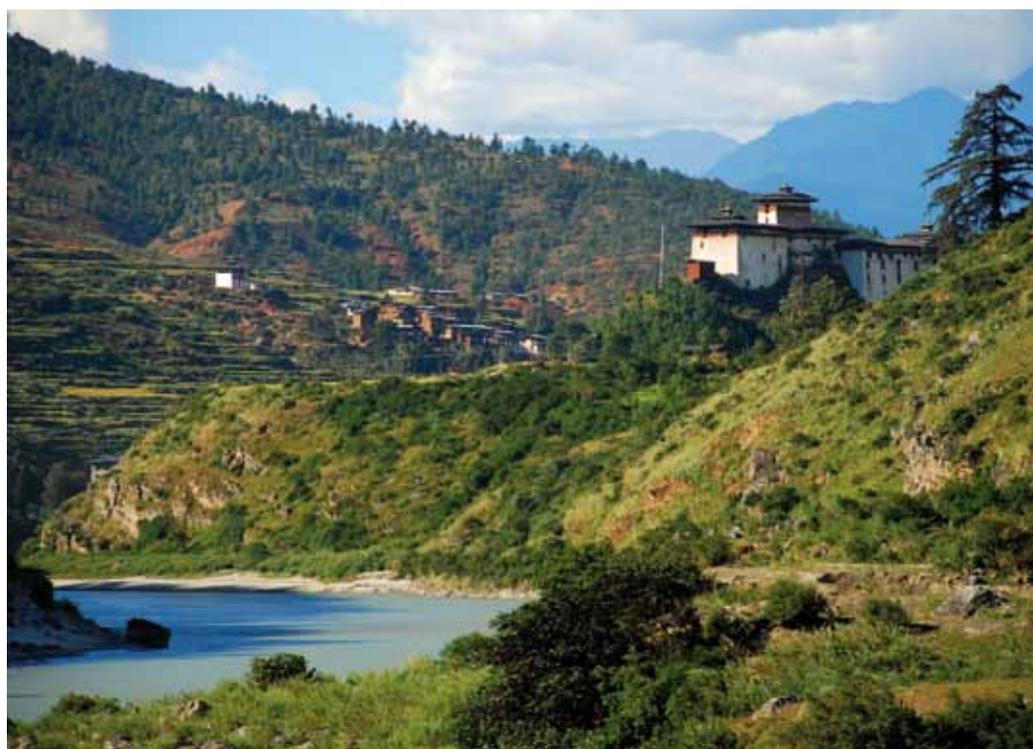
Umweltschutz, Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit – drei unvereinbare Ziele?

Die internationalen Verhandlungen über Umweltthemen in den letzten Jahrzehnten haben darunter gelitten, dass hinter den Kulissen nach Kompromissen gesucht wurde, ohne Interessengegensätze offen anzusprechen und gegenseitiges Misstrauen abzubauen. Entwicklungsländer hatten und haben die Befürchtung, dass ein stärkerer Umweltschutz zulasten der Armutsbekämpfung geht. Dieser Verdacht wird auch dadurch genährt, dass die Industrieländer häufig Haushaltsmittel, die bisher zur Armutsbekämpfung vorgesehen waren, umwidmen und sie nun für Umwelt- und Klimaschutzvorhaben ausgeben. Problematisch ist auch, dass im Rahmen von UN-Verhandlungen selten die Unternehmen und Regierungen beim Namen genannt werden, die für eine großflächige Zerstörung der Natur verantwortlich sind. Auch werden wie beim Gipfel „Rio+20“ häufig

Kompromisse gesucht, denen alle Regierungen zustimmen können, die aber deshalb sehr allgemein und unverbindlich formuliert sind.

Auch gelingt es noch zu wenig, ökologische und soziale Gerechtigkeit überzeugend miteinander zu verbinden. Hierfür tragen viele Regierungen eine große Verantwortung, weil sie zu wenig für die soziale Gerechtigkeit in ihren Gesellschaften tun und gleichzeitig keine langfristig angelegte Politik zum Schutz der Umwelt durchsetzen, wenn diese den kurzfristigen Interessen wirtschaftlich mächtiger Gruppen widersprechen. Das grundlegende Problem, dem sich die Vereinten Nationen bei internationalen Verhandlungen und bei konkreten Programmen stellen müssen, besteht darin, dass in vielen Ländern keines der drei Ziele Umweltschutz, Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit wirksam umgesetzt wird. Längst ist in UN-Berichten nachgewiesen, dass sich die drei Ziele miteinander in Einklang bringen lassen und einander sogar ideal ergänzen. Aber diese Einsicht hilft wenig, wenn Regierungen und mächtige Interessengruppen keines dieser Ziele konsequent verfolgen wollen oder sogar deren Umsetzung be- und verhindern. Im Umweltengebot der Vereinten Nationen ist deshalb eine größere Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit denen gefordert, die die Umwelt zerstören oder sie nicht konsequent schützen.

Viel wird davon abhängen, ob es in den nächsten Jahren gelingen wird, die Zersplitterung des UN-Systems im Umweltbereich abzubauen. Vordringlich dabei ist, das UN-Umweltprogramm zu stärken und zu einer UN-Sonderorganisation auszubauen, die koordinierende Funktionen wahrnimmt. Dies hätte zur Konsequenz, dass die unzureichende Finanzierung und die Abhängigkeit von zweckgebundenen Mitteln vermindert würden, und verpflichtende Finanzbeiträge der UN-Mitgliedstaaten eine solide finanzielle Grundlage für die Planung von Projekten und Programmen bilden würden. Vor allem aber würde der Stellenwert, den der Schutz der Umwelt inzwischen auf der internationalen „Tagesordnung“ gewonnen hat, auch in den institutionellen Strukturen der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen. Diejenigen, wie zum Beispiel viele Politiker in den USA, die ein tiefes Misstrauen gegen alle weltweiten politischen Strukturen haben, wird man schwer für die Idee einer UN-Umweltorganisation gewinnen können. Aber wenn es gelingt, die Sorge von Entwicklungsländern abzubauen, dass das internationale Umweltengagement zulasten der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit geht, dürften gute Chancen bestehen, doch noch eine Bündelung des UN-Einsatzes für die Umwelt in einer Organisation zu erreichen und damit eine neue Dynamik in diese Arbeit zu bringen.



Der kleine Staat Bhutan im Himalaya hat entschieden, sich nicht am Wettrennen um immer mehr Wirtschaftswachstum zu beteiligen, sondern nach „Bruttosozialglück“ zu streben. Foto: UN Photo/Gill Fickling

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme – UNEP) wurde 1972 nach der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm von der UN-Ge-

unterstützt Regierungen bei Programmen und Projekten, um geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen und so nachhaltig mit ihnen umzugehen, dass sie auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben.



Im Jahr 2011 wurden die neu erbauten energieeffizienten UNEP-Bürogebäude in Nairobi/Kenia eingeweiht. Foto: UN Photo/Mark Garten

neralversammlung geschaffen und nahm im Frühjahr 1973 in Nairobi (Kenia) seine Arbeit auf. Dieses Programm nimmt eine koordinierende Rolle für Umweltthemen im UN-System wahr. Exekutivdirektor des Programms ist gegenwärtig der Deutsche Achim Steiner. UNEP hat sechs Arbeitsschwerpunkte, die hier kurz vorgestellt werden sollen.

Klimawandel

In einer Selbstdarstellung heißt es zu diesem Arbeitsschwerpunkt: „UNEP arbeitet mit Ländern zusammen, um deren Fähigkeiten zu stärken, sich an den Klimawandel anzupassen, sich auf Gesellschaften mit geringen CO₂-Emissionen hinzubewegen, das Verständnis für Erkenntnisse der Klimawissenschaft zu stärken und das öffentliche Bewusstsein für das sich verändernde Klima der Erde zu erhöhen.“ Zu den Prioritäten gehört die Unterstützung der Länder bei der Anpassung an den Klimawandel. Parallel dazu unterstützt UNEP wirtschaftlich arme Länder bei Initiativen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen.

Ökosystem-Management

Das menschliche Wohlergehen beruht auf einer intakten Umwelt. Sie besteht aus vielen komplexen Systemen von Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen und nicht lebendigen Stoffen. Menschliche Eingriffe können diese Ökosysteme empfindlich und nicht selten unwiederbringlich stören und zerstören. UNEP analysiert diese Prozesse und

Es geht bei solchen Initiativen u.a. um den Erhalt der biologischen Vielfalt, die Überwindung von Wasserproblemen und die Verbindung von Umweltschutz und Ernährungssicherung. Konkrete Initiativen sind zum Beispiel der Schutz von Wäldern in Uganda und die Wiederherstellung der Ökosysteme westafrikanischer Seen, die eine große Bedeutung für die Ernährung, die Wasserversorgung und den Lebensunterhalt vieler Menschen in weitem Umkreis haben.

Verantwortungsbewusste Umweltpolitik

UNEP ist überzeugt, dass nur durch ein Zusammenwirken von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Privatsektor und Zivilgesellschaft eine nachhaltige Umweltpolitik möglich ist. Das UN-Umweltprogramm bemüht sich seit seiner Gründung deshalb darum, bei der Entwicklung und Umsetzung einer solchen Umweltpolitik auf globaler, regionaler und nationaler Ebene beratend und unterstützend tätig zu werden. Dazu gehört es unter anderem, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Beratungen über Fragen der Umweltpolitik einzubringen und den internationalen Erfahrungsaustausch und die transnationale Zusammenarbeit zu fördern. Ein wichtiges Instrument der Politikberatung sind die regelmäßigen Berichte „Global Environmental Outlook“, in denen Umweltprobleme dargestellt, Trends analysiert und politische Lösungen zur Diskussion gestellt werden.

Schädliche Substanzen und gefährliche Abfälle

Von vielen der etwa 100.000 chemischen Substanzen, die weltweit verwendet werden, gehen Gefahren für Mensch und Umwelt aus. Das UNEP analysiert die mögliche

Umweltbelastung solcher Substanzen und verbreitet Informationen über die eigenen Erkenntnisse und die Forschungsergebnisse anderer Einrichtungen. Der nächste Schritt ist die Beratung von Regierungen bei der Entwicklung von Gesetzen und Kontrollsystemen zur Verhinderung einer Umweltbelastung durch gefährliche Chemikalien. Dabei muss der gesamte Zyklus von der Produktion über die Nutzung bis hin zur Entsorgung so gestaltet werden, dass die Risiken minimiert werden. Da viele Chemikalien international gehandelt und oft auch (unsachgemäß) in Entwicklungsländern entsorgt werden, setzt UNEP sich für international verbindliche Regelungen für den Umgang mit schädlichen und gefährlichen Substanzen ein.

Ressourceneffizienz

Wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung können nicht fortgeführt werden unter den gegenwärtigen Produktions- und Konsumstrukturen und -mustern, ohne das Überleben der Menschheit und des Planeten akut zu gefährden. Weltweit werden sehr viel mehr Ressourcen verbraucht, als dies von der Erde ver-



Achim Steiner, der Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms UNEP, bemüht sich um eine Aufwertung von UNEP zu einer UN-Sonderorganisation. UN Photo/Paulo Filgueiras

kraftet werden kann. Gleichzeitig werden die grundlegenden Lebensbedürfnisse von Milliarden armer Menschen nicht erfüllt. Ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung ist in dieser Situation eine größere Ressourceneffizienz. Waren und Dienstleistungen, so strebt es das UNEP an, sollen mit einem geringeren Einsatz von Ressourcen produziert und verbraucht werden, sodass mit den gleichen oder weniger Ressourcen mehr Güter bereitgestellt werden können. Das UNEP bemüht sich, Investitionen in Ressourceneffizienz anzuregen und die Nachfrage nach so erzeugten Waren und Dienstleistungen zu erhöhen. Dies wird als ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg zu einer „grünen Wirtschaft“ angesehen (siehe „Grüne Wirtschaft“).

Umweltengagement der Vereinten Nationen

Viele Organisationen und Programme der Vereinten Nationen engagieren sich für den Schutz der Umwelt. Hier ein Überblick über die wichtigsten UN-Akteure.

Zwischenstaatliche Einrichtungen

CSD

Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission for Sustainable Development – CSD) wurde 1992 nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro als Kommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen gegründet, um zu beobachten und zu analysieren, wie die Rio-Erklärung „Agenda 21“ umgesetzt wurde. Im Jahr 2002 erhielt die Kommission die Aufgabe, die Umsetzung des Aktionsplans des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg zu begleiten. Der Kommission gehören 53 Vertreterinnen und Vertreter von UN-Mitgliedstaaten an. Auf den jährlichen Treffen werden einzelne Schwerpunktthemen beraten und dazu Beschlüsse gefasst. Für den Zweijahreszyklus 2012/13 stehen so unterschiedliche Themen wie Wälder, Artenvielfalt, Biotechnologie, Tourismus und Berge auf dem Arbeitsprogramm. Die Kommission steht seit längerem in der Kritik. Ihre Arbeit gilt als diffus und ineffektiv, zudem fehlt ihr das Mandat, die Querschnittsaufgabe „nachhaltige Entwicklung“ ernsthaft anzugehen.

Deshalb gab es vor und während des Gipfeltreffens „Rio+20“ im Juni 2012 Bemühungen verschiedener Regierungen, die Kommission aufzulösen und durch einen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ zu ersetzen. Vorbild ist der UN-Menschenrechtsrat. Der neue Rat sollte direkt der UN-Generalversammlung untergeordnet sein und zum wichtigsten politischen Instrument in internationalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen werden. Für diesen Plan ließ sich in Rio keine Mehrheit finden. Das beschlossene „Hochrangige politische Forum“ kann im günstigen Fall eine Zwischenstufe zu einem politisch wirkungsvollen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ werden. Kritiker wie Jürgen Maier, der Geschäftsführer des „Forum Umwelt und Entwicklung“, fürchten, dass das neue Gremium „kein Mandat haben wird, die Querschnittsaufgabe ‚sustainable development‘ ernsthaft anzugehen; zudem dürften sich im Wesentlichen dieselben Diplomaten unter neuem Namen wieder treffen, die schon bei der CSD nichts erreicht haben“ (Vereinte Nationen, Heft 4/2012, Seite 172).

Katastrophen und Konflikte

UNEP setzt sich dafür ein, die Ursachen von immer neuen Naturkatastrophen zu bekämpfen und die Folgen solcher Ereignisse für die Bevölkerung und vor allem für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen zu vermindern. Für ein solches langfristiges Umweltengagement ist die Lösung von sozialen und militärischen Konflikten wichtig. Umweltschutz und Friedensförderung müssen einander ergänzen. Damit beide Ziele Erfolgsaussichten haben, so die Überzeugung des UNEP, ist eine nachhaltige Beseitigung von Armut und Unterernährung erforderlich. Wichtig ist auch die Vorbereitung auf mögliche Katastrophen. UNEP fördert u.a. Pilotprojekte und den internationalen Erfahrungsaustausch auf diesen Gebieten und berät Regierungen bei der Vorbeugung und dem Umgang mit Katastrophen und Konflikten.

Viele Aufgaben – und sehr begrenzte Finanzmittel

UNEP hat einen Jahresetat von etwa 225 Millionen US-Dollar. Als UN-Programm kann UNEP im Gegensatz zu UN-Sonderorganisationen wie die Weltgesundheitsorganisation nicht auf verpflichtende Beiträge der UN-Mitgliedstaaten zurückgreifen. Abgesehen von einem kleinen Zuschuss aus dem ordentlichen UN-Haushalt (etwa 5 Prozent des UNEP-Etats) finanziert sich das UNEP daher aus freiwilligen Beitragsleistungen von Regierungen, internationalen Organisationen und Stiftungen. Zunehmend werden solche Zuschüsse zweckgebunden bereitgestellt. Das UNEP-Sekretariat hat etwa 900 Beschäftigte (weniger als ein Zehntel der Beschäftigtenzahl der Weltbank). Beim Gipfel „Rio+20“ im Juni 2012 wurde beschlossen, dass das UN-Umweltprogramm gestärkt werden soll. Allerdings konnten die Regierungen sich nicht darauf verständigen, das Programm zu einer UN-Sonderorganisation aufzuwerten. Die Umwandlung in eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen wird seit Jahren von zahlreichen Umwelt- und Klimafachleuten und Umweltorganisationen gefordert, um die erfolgreiche UNEP-Arbeit auszuweiten und noch wirkungsvoller zu gestalten. Beschlossen wurde in Rio, die Mitgliedschaft im UNEP-Verwaltungsrat auf alle Mitglieder der Vereinten Nationen zu erweitern und die finanziellen Mittel des Programms aufzustocken.

UN-Sonderorganisationen

FAO

70 Prozent des weltweiten menschlichen Wasserverbrauchs entfallen auf die Landwirtschaft. Gravierend sind auch die Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima, vor allem die Ausweitung von Ackerbauflächen in bisherigen tropischen Regenwaldgebieten. Deshalb bemüht sich die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agricultural Organization of the United Nations – FAO) um eine Verminderung des Wassereinsatzes und der umweltschädlichen Auswirkungen der Landwirtschaft. Angesichts des fortbestehenden Hungers in vielen Ländern und einer wachsenden Weltbevölkerung soll gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion erhöht werden. Der FAO ist bewusst, dass eine Produktionssteigerung allein die globalen Ernährungsprobleme nicht löst, weil vielen Armen die Kaufkraft fehlt, um Nahrungsmittel zu bezahlen, und viele Kleinbauernfamilien zu wenig Land zum Überleben haben. Deshalb ist eine Landreform unverzichtbar. Ebenso wird eine Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert. Die FAO unterstützt u.a. Programme zur Erhöhung der Bodenqualität, des Anbaus von Bioprodukten, der Einsparung von knappen Wasserressourcen und der verantwortungsvollen Waldbewirtschaftung.

UNESCO

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation – UNESCO) wurde 1945 gegründet zur Förderung von Bildung, Wissenschaft, Kommunikation, Information und Kultur. Zu den UNESCO-Arbeitsfeldern gehört die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Es soll Menschen das Rüstzeug dafür gegeben werden, globale Herausforderungen wie Umweltschädigungen und Klimawandel zu bewältigen. Die UNESCO koordiniert auch die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014), zu deren nationalen Partnern die „Deutsche UNESCO-Kommission“ gehört.

IMO

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (International Maritime Organisation – IMO) mit Sitz in London ist eine Sonderor-

ganisation der Vereinten Nationen. Ihre Aufgabe ist es, internationale Standards für die Schifffahrt zu vereinbaren, Meeresverschmutzung zu verhindern und alle technischen Angelegenheiten in diesem Bereich zu regeln. Schon seit einer Konvention gegen die Ölverschmutzung im Jahre 1954 gehört eine Erhöhung der Sicherheit von Öltankern und anderen Schiffen mit gefährlicher Ladung zu den Schwerpunkten der IMO-Arbeit. Die IMO hat seither u.a. Konventionen erarbeitet, die Interventions- und Haftungsfragen im Falle von Öltankerunglücken regeln. Neben zahlreichen rechtlichen Fragen fördert die IMO auch den internationalen Erfahrungsaustausch in Sicherheitsfragen und stellt technische Beratung bereit, zum Beispiel für die Verhinderung der Ausbreitung von schädlichen Meerestorganismen durch Ballastwasser.

WHO

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) soll dafür Sorge tragen, dass alle Menschen den höchstmöglichen Grad an Gesundheit erreichen können. Gesundheit wird von der WHO sehr breit als Zustand eines vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens definiert und nicht als eine bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Umweltgefahren und Klimawandel bedrohen zunehmend die Gesundheit von Millionen Menschen in allen Regionen der Welt. Die WHO befasst sich u.a. mit Fragen der Beseitigung von gesundheitsgefährdender Luftverschmutzung, einer gesundheitlich unbedenklichen Wasser- und Abwasser Versorgung sowie Müllentsorgung und den Folgen der Verwendung von Asbest. Es geht der WHO um eine Verhinderung von Erkrankungen und eine gesundheitsfördernde Umwelt.

WMO

Angesichts des globalen Klimawandels ist mit einer wachsenden Zahl von Extremwetterereignissen zu rechnen. Deshalb gewinnt die Beschäftigung mit dem Klimawandel und anderen Umweltproblemen in der Arbeit der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization – WMO) vermehrte Beachtung. Die WMO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der gegenwärtig 189 Staaten angehören. Sitz des Sekretariats der 1950 gegründeten Organisation ist Genf. Die WMO unterstützt Länder u.a. dabei, ihre Kapazitäten zur Wetter- und Klimabeobachtung zu verbessern, ebenso die Abschätzung von Folgen des Klimawandels auf die Gesundheit, die Energieversorgung, den Zugang zu Wasser, den Tourismus, die biologische Vielfalt und die Landwirtschaft.

UNIDO

Ohne einen Ausbau ihrer industriellen Kapazitäten werden Entwicklungsländer nicht den Anschluss an die Wachstumsbereiche der globalen Wirtschaft schaffen, sondern weiterhin lediglich Lieferanten von Rohstoffen bleiben. Deshalb ist die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organization – UNIDO) bestrebt, die Industrialisierung

wirtschaftlich armer Länder zu fördern und dabei soziale Fragen wie die Armutsbekämpfung stärker zu berücksichtigen. Die UN-Einrichtung hat ihren Sitz in Wien und beschäftigt dort und in Beratungsbüros in verschiedenen Ländern insgesamt etwa 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. UNIDO berät sowohl Industrieunternehmen als auch Regierungen dabei, eine „grüne Industrie“ aufzubauen. Auch hat UNIDO eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Initiative der Vereinten Nationen „Nachhaltige Energie für alle“ übernommen.

UNWTO

Der weltweit boomende Tourismus hat gravierende Auswirkungen auf Umwelt und Klima, die von der Schädigung der oberen Luftschichten der Erde durch den Flugverkehr bis zu Wasserbelastungen durch ungeklärte Abwässer reichen kann. Die Welttourismusorganisation (United Nations World Tourism Organization – UNWTO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, will die umwelt- und klimaschädlichen Auswirkungen des Tourismus vermindern und hat hierfür das Programm „Nachhaltige Entwicklung des Tourismus“ ins Leben gerufen. Hotels werden zum Beispiel dazu motiviert und dabei beraten, Energiesparmaßnahmen und die Nutzung von erneuerbarer Energie voranzubringen. Ebenso wird versucht, die Mangroven und Korallenriffe zu erhalten und deren Wachstum zu fördern. Sie sind sowohl für den Tourismus als auch für die biologische Vielfalt und den Schutz der Küsten vor den zunehmenden heftigen Taifunen und Stürmen wichtig.

IFAD

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (International Fund for Agricultural Development – IFAD) ist seit 1977 eine UN-Sonderorganisation. Der in Rom ansässige Fonds hat sich zum Ziel gesetzt, Kleinbauern und landlose Landarbeiter zu unterstützen, um die weltweite Ernährungslage zu verbessern. Durch finanzielle Zuwendungen soll die Nahrungsmittelproduktion erhöht und damit die Lebensbedingungen verbessert werden. IFAD hat vielfältige Konzepte entwickelt und erprobt, um Produktion, Armutsbekämpfung und Umweltschutz miteinander zu verbinden. Dazu gehören u.a. die Vermittlung von Wissen über nachhaltige Anbaumethoden, die Förderung kleinbäuerlichen Landbesitzes (auch als Anreiz, den Boden langfristig zu erhalten und zu verbessern), die Verbreiterung des Anbauspektrums und die Stärkung der Rolle von Frauen und indigenen Bevölkerungsgruppen bei der Erhaltung natürlicher Ressourcen und biologischer Vielfalt.

Fonds und Programme

GEF

Die Globale Umweltfazilität (Global Environment Facility – GEF) ist das internationale Finanzierungsinstrument der Vereinten Nationen für den globalen Umweltschutz. GEF entstand im Jahr 1991 als gemeinsame In-



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon besichtigte bei Peking eine von UNDP und GEF gemeinsam unterstützte Anlage, die die Abfälle einer riesigen Hühnerfarm mit 3 Millionen Tieren in Biogas zur Elektrizitätsgewinnung verarbeitet. Foto: UN Photo/Mark Garten

itiative von UNDP, UNEP und der Weltbank und war zunächst Teil der Weltbank-Gruppe. Nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 wurde die Struktur geändert; die GEF ist seither eine eigenständige Organisation. Die GEF stellt Mittel für die folgenden sechs Bereiche zur Verfügung: Klimawandel, biologische Vielfalt, internationale Gewässer, Abbau der Ozonschicht, Erschöpfung von Böden sowie langlebige organische Schadstoffe. Die GEF ist die bedeutendste öffentliche Einrichtung zur Förderung von internationalen Umweltvorhaben. Durchführungsorganisationen sind UNDP, UNEP und Weltbank. Sie arbeiten eng mit Regierungen, internationalen Organisationen (darunter verschiedenen UN-Einrichtungen), der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammen.

UNDP

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) unterstützt die Anstrengungen der wirtschaftlich armen Länder der Welt zur Überwindung von Armut, Hunger und anderen Entwicklungsproblemen. Außerdem koordiniert das UN-Entwicklungsprogramm vielerorts die langfristig angelegte Entwicklungsarbeit der verschiedenen UN-Organisationen und -Programme. UNDP ist in 177 Ländern der Welt mit eigenen Büros vertreten. Da in den letzten Jahren zunehmend deutlich geworden ist, dass bisherige Entwicklungserfolge und das Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen durch Umweltprobleme bedroht sind, setzt sich UNDP verstärkt für die Einbeziehung von Umwelt- und Klimathemen in entwicklungspolitische Vorhaben ein. Arme Bevölkerungsgruppen, die besonders stark von Schädigungen der Umwelt und der Verknappung von Ressourcen wie Wasser betroffen sind, stehen im Mittelpunkt vieler vom UNDP unterstützter Vorhaben.

UNHCR

Die Ausbreitung der Wüsten, Bodenerosion in Trockengebieten, Wasserknappheit, steigende Meeresspiegel und viele andere Umwelt- und Klimaprobleme zwingen jedes Jahr Millionen Menschen, ihre Heimat zu ver-



Umweltveränderungen sorgen dafür, dass weltweit die Zahl der Flutkatastrophen ständig zunimmt und in Zukunft noch mehr Menschen vor Umweltgefahren flüchten müssen. Foto: UNHCR/B. Bannon

lassen, um in einer anderen Region des eigenen Landes oder im Ausland eine Überlebensebene zu suchen. Wie viele es sind, ist nicht bekannt, aber dass die Zahl steigt, ist unbestreitbar. Pessimistische Prognosen besagen, dass bis zum Jahr 2050 etwa 150 Millionen Menschen ihre Heimatgebiete aufgrund von klimabedingten Problemen verlassen müssen. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UN High Commissioner for Refugees – UNHCR) beschäftigt sich damit, wie der rechtliche Schutz und die praktische Unterstützung der Menschen, die auf Grund von Umwelt- und Klimaproblemen flüchten, verbessert werden können. Das internationale Rechtsregime muss erweitert werden, um diesen Menschen weltweit Schutz zu bieten.

UN-Energy

Zur Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten von UN-Organisationen, -Einrichtungen und -Programme auf dem Gebiet der Energie wurde im Jahr 2004 UN-Energie (UN-Energy) gegründet. Es gibt keine Einrichtung innerhalb des UN-Systems, die die Hauptverantwortung für Energiethemen hat, aber viele Einrichtungen, die sie auch mit diesen Themen befassen. Entsprechend groß ist der Koordinierungsbedarf für „UN-Energie“. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Unterstützung von Ländern beim Übergang zu einer erneuerbaren Energieerzeugung. Weitere Schwerpunktthemen sind Zugang zu Energie und Energieeffizienz.

UN-Water

UN-Wasser (UN-Water) ist seit dem Jahr 2003 die Koordinierungsstelle für das Engagement der verschiedenen UN-Organisationen, -Einrichtungen und -Programme auf den Gebieten Wasser und sanitäre Versorgung. Gemeinsam soll eine nachhaltige Nutzung der knappen Wasserressourcen der Welt gefördert werden. Dafür baut „UN-Wasser“ eine Datenbank zu Wasserthemen auf, bietet ein Forum für den Austausch über Wasser- und Sanitärthemen innerhalb des UN-Systems und betreibt Informations- und Bildungsarbeit. Zum jährlichen Weltwassertag am 22. März wird Informationsmaterial zusammengestellt, um nationale Initiativen zu unterstützen.

Sonstige der UN nahestehende Einrichtungen

IOM

Die Arbeit der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration – IOM) beruht auf der Überzeugung, dass eine menschliche und geordnete Migration sowohl den Menschen als auch der Gesellschaft nützt. Die Organisation mit Sitz in Genf will dazu beitragen, dass internationale Bewusstsein für Migrationsthemen zu fördern, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch Migration voranzubringen, die Menschenwürde und das Wohlergehen der Migranten zu schützen und die praktischen Herausforderungen durch Migrationsprozesse anzugehen. IOM-Studien haben nachgewiesen, dass Umwelt- und Klimaprobleme immer häufiger zu einem Hauptgrund für Migration werden. Der IOM geht es darum, erzwungene Migration aufgrund von Umweltrisiken zu vermindern, denen zu helfen, die aus Umwelt- und Klimagründen auswandern müssen, und diejenigen Regierungen und anderen Akteure zu unterstützen, die mit Umweltmigration konfrontiert sind.

IPBES

Jeden Tag sterben auf der Welt etwa 130 Tier- und Pflanzenarten aus. Deshalb gewinnt der Schutz der biologischen Vielfalt im Rahmen des UN-Umweltengagements an Bedeutung. Im Jahr 2010 haben mehr als 90 Länder die Einrichtung eines wissenschaftlichen Gutachtergremiums zur Beratung der internationalen Umweltpolitik im Bereich der biologischen Vielfalt beschlossen. Der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES) erstellt Analysen zur Artenvielfalt. Der IPBES soll die bestehende Kluft zwischen Wissenschaft und Politik in Umweltfragen überbrücken. Diese Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit anderen UN-Einrichtungen, wissenschaftlichen Instituten, Initiativen für den Schutz der biologischen Vielfalt und weiteren Organisationen. Ähnlich wie der „Weltklimarat“ IPCC betreibt der IPBES keine eigene Forschung, sondern fasst die vorhandenen Forschungsergebnisse zu eigenen Berichten zusammen und bewertet die Erkenntnisse. Auf diese Weise werden eine Übersicht über den aktuellen Forschungsstand gegeben und Prognosen erstellt. Sitz des IPBES-Sekretariats ist Bonn.

Autonome Konventions-Sekretariate*

UNCCD

Die „Verwüstung“ großer Trockengebiete auf der Welt wird durch den globalen Klimawandel und durch menschliche Eingriffe wie die Übernutzung von Weide-

* Weitere Konventionssekretariate im Klimabereich werden ausführlich in den UN-Basis-Informationen 47 dargestellt.

flächen und die Abholzung der ohnehin spärlichen Baumbestände beschleunigt. Um die Ausbreitung der Wüsten aufzuhalten und die Savannengebiete nachhaltig zu nutzen, sind 193 Staaten dem „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung“ (United Nations Convention to Combat Desertification – UNCCD) beigetreten. Das UNCCD-Sekretariat in Bonn unterstützt die Vertragsstaaten bei der Umsetzung des Übereinkommens. Im Rahmen der UNCCD-Arbeit wird großes Gewicht darauf gelegt, die Trockengebiete als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten. Erfolgreiche Beispiele aus einzelnen Ländern sollen international stärker bekannt gemacht und den jeweiligen lokalen Verhältnissen angepasst werden. Zu den empfehlenswerten Maßnahmen gehören z.B. der Verzicht auf herkömmliche Formen des Pflügens, eine stärkere Bodenbedeckung mit Pflanzen und veränderte Düngemethoden. In der Viehzucht bewährt es sich, die Zahl der Tiere zu begrenzen, Weideflächen nicht ständig zu nutzen und Bäume zu schonen.

CBD

Das wichtigste internationale Abkommen zum Schutz der Biodiversität ist das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD), auch als Biodiversitätskonvention bekannt. Es wurde 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet. Bislang sind dem Abkommen 192 Staaten und die EU-Kommission beigetreten (Stand: Mai 2011). Die drei gleichberechtigten Ziele der Konvention sind der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie die gerechte Aufteilung der Gewinne, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen. Grundgedanke ist dabei, dass die biologische Vielfalt nur dann langfristig erhalten werden kann, wenn die Chancen und Gewinne aus der nachhaltigen Nutzung der Natur allen beteiligten Gruppen gleichermaßen zugutekommen. In regelmäßigen Abständen treffen sich die Vertragsstaaten der CBD, um den Stand der Umsetzung zu diskutieren und dem Prozess neue Impulse zu verleihen. Das Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt ist in Montreal, Kanada.

Weltbankgruppe

Die Weltbank

Die Weltbank (World Bank) ist eine international führende Einrichtung der finanziellen und technischen Hilfe für Entwicklungsländer und wird von 188 Staaten getragen. Die Weltbank hat ihren Hauptsitz in Washington, D.C./USA und beschäftigt dort und in über 100 internationalen Büros mehr als 9000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den letzten Jahren wurde das ökologische Engagement der Weltbank – auch aufgrund vielfältiger Kritik der Zivilgesellschaft – systematisch ausgebaut. Es werden z.B. Projekte zum Erhalt der biologischen Vielfalt, der Verbesserung der staatlichen Umweltpolitik, des Schutzes von Wassereinzugsgebieten und zur Verminderung der Schadstoffbelastung gefördert.

Internationale Umweltabkommen

Auf der Grundlage der Arbeit der verschiedenen UN-Einrichtungen sind auf internationalen Konferenzen zahlreiche Abkommen zu Umweltthemen verabschiedet und dann von den UN-Mitgliedstaaten ratifiziert worden. Es gibt weit über 1.000 solcher Abkommen, von denen viele von den Staaten einzelner Weltregionen vereinbart und ratifiziert worden sind, zum Beispiel die Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzungen. Es geht in den regionalen und globalen Abkommen u.a. um den Schutz biologischer Vielfalt, um den Einsatz von Gentechnik, die Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Wüsten, den Meeresschutz, den Schutz von Gewässern und von Gebirgen, den Umgang mit Chemikalien und Schadstoffen und den Klimaschutz. Das UN-Umweltprogramm UNEP hat für seine Webseite eine chronologisch aufgebaute Liste der Abkommen zu Umweltthemen zusammengestellt. Hier einige wichtige Konventionen und Verträge (weitere Verträge werden in anderen Abschnitten dieser UN-Basis-Information kurz vorgestellt):

- Internationales Abkommen zur Regelung des Walfangs (1946)
- Ramsar-Konvention über den Schutz von Feuchtgebieten (1971)
- London-Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (1972)
- Washingtoner Artenschutzübereinkommen (1973)
- UNESCO-Welterbekonvention, Schutz des Kultur- und Naturerbes (1975)
- Übereinkommen zur Erhaltung wandernder wild lebender Tiere, Bonner Konvention (1979)
- Internationales Tropenholz-Übereinkommen (1983)
- Montreal-Protokoll, Vertrag über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (1987)
- Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (1989)
- Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, UNFCCC (1992)
- Kyoto-Protokoll, Abkommen zur verbindlichen Senkung klimaschädlicher Treibhausgase (1997)

Weitere Informationen

Bücher, Zeitschriften und Broschüren

- 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome: Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, Oekom Verlag, München 2012
- Globale Grüne Wirtschaft, Eine-Welt-Presse 1/2012, DGVN
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum, Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, Oekom Verlag, München 2011
- Jäger, Will/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Was trägt unsere Erde noch?, Wege in die Nachhaltigkeit, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 2010.
- Landwirtschaft am Scheideweg, Eine-Welt-Presse 1/2009, DGVN
- Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle, Bericht über die menschliche Entwicklung 2011, Bezug DGVN
- Rahmstorf, Stefan/Richardson, Katharine/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Wie bedroht sind die Ozeane?, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2010
- Reichholf, Josef/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Ende der Artenvielfalt?, Gefährdung und Vernichtung von Biodiversität, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2009
- Rio+20 und nun?, Broschüre für Schulen ab Sekundarstufe I, Bezug DGVN
- Robuste Menschen – Robuster Planet, Für eine lebenswerte Zukunft, Der Bericht der Hochrangigen Gruppe zu Globaler Nachhaltigkeit des UN-Generalsekretärs Blaue Reihe 112, Bezug DGVN
- Auf dem Weg zu Rio+20, Zeitschrift Vereinte Nationen 1/2012 sowie regelmäßige Berichterstattung über UN-Konferenzen im Bereich Umwelt, unter anderem zu Klima (UNFCCC + Kyoto-Protokoll), Wüstenbildung (UNCCD) und zur Biologischen Vielfalt (UNCBD + Cartagena-Protokoll).
- Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel, Beitrag von Babara Unmüßig in Zeitschrift Vereinte Nationen 1/2012
- Worldwatch Institute: Zur Lage der Welt 2012: Nachhaltig zu einem Wohlstand für alle: Rio 2012 und die Architektur einer weltweiten grünen Politik, Oekom Verlag, München 2012, 286 Seiten, 19,95 Euro

Internetadressen

Diese Ausgabe der UN-Basis-Informationen erscheint auch als interaktive Onlineversion auf www.dgvn.de/un-basis-informationen.html. Sie enthält eine umfangreiche Linksammlung zu UN-Umweltthemen, UN-Organisationen und wichtigen Umweltschutzorganisationen.



Internet-Angebote der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zum Themenbereich Umwelt

- Biodiversität (<http://www.dgvn.de/biodiversitaet.html>)
- Internationales Jahr für nachhaltige Energie 2012 (<http://www.dgvn.de/nachhaltigkeit.html>)
- Rio+20 (<http://www.dgvn.de/rioplus20.html>)
- Wälder und Abholzung (<http://www.dgvn.de/waelder.html>)
- Wasser und Abwasser (<http://www.dgvn.de/wasser.html>)
- Energiefragen und Treibhausgase (<http://www.klimawandel-bekaempfen.de/energiefragen.html>)
- Millenniums-Entwicklungsziele (<http://www.menschliche-entwicklung-staerken.de/mdg.html>)

Themenportale der DGVN

- www.menschliche-entwicklung-staerken.de
- www.klimawandel-bekaempfen.de
- www.frieden-sichern.de

Publikationen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen können über den UNO-Verlag bezogen werden. bestellung@uno-verlag.de | www.uno-verlag.de

Stand: Dezember 2012
Text: Frank Kürschner-Pelkmann
Redaktion: Ulrich Keller
info@dgvn.de | www.dgvn.de
Gesamtgestaltung: adrian.medienundbuch.de
Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier



Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen braucht Sie als Mitglied.



Für Frieden.
Für Klimaschutz.
Für Menschenrechte.
Für menschliche Entwicklung.
Für mehr Wissen.

Diese Publikation erscheint dank finanzieller Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

WWW.DGVN.DE/MITGLIEDSCHAFT.HTM